

## **Frieden, Sicherheit und Geschlechterverhältnisse**

### **Feministische Positionen und Perspektiven zur Friedens- und Sicherheitspolitik**

#### **1. Neue Krisen und Kriege**

Das Ende des Ost-West-Konflikts, verschärfte globale Ungleichheiten und internationaler Terrorismus haben neue Bedrohungs- und Gewaltszenarien mit sich gebracht. Clans und Warlords, globale Terrornetzwerke, internationale Drogenkartelle, Waffen- und Menschenhändlerringe stellen die internationale Sicherheits- und Friedenspolitik vor völlig neue Anforderungen.

Zwar sind Konflikte und Kriege zwischen Staaten nicht verschwunden. Aber die Mehrheit aller gewaltförmigen Konflikte wird innerhalb von Staaten und zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ausgetragen. Das Gewaltmonopol und die Schutzaufgabe des Staates werden zunehmend ausgehöhlt, erheblich mehr ZivilistInnen als Kombattanten fallen kriegsrisikoreicher Auseinandersetzungen zum Opfer.

#### **2. Menschliche Sicherheit bedeutet mehr als die Abwesenheit von Krieg**

Die Ursachen der Konflikte und Kriege sind unter anderem in Armut, Krankheiten, Umweltzerstörung, ungleichen Macht- und Gewaltverhältnissen, aber auch in Terrorismus und Kriminalität zu finden. Die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) hat auf diese Probleme reagiert und neue sicherheits- und entwicklungspolitische Konzepte entwickelt, die die Durchsetzung und Wahrung von Menschenrechten einfordern. Dazu gehört unter anderem das weltweite Recht auf Unversehrtheit, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, aber auch die Versorgung mit Nahrung und Wasser.

Das neue UNO-Sicherheitskonzept »Human Security« betont die Rolle der Vereinten Nationen und zielt auf die Sicherheit von Menschen statt auf die von Staaten. Das Konzept bietet die Chance, auch die persönliche Sicherheit und die besondere Gefährdung von Frauen einzubeziehen und weist einen Weg zu einem neuen, nachhaltigen Verständnis von Frieden und Sicherheit.

#### **3. Frieden und Sicherheit durch Militärpräsenz?**

Auch die USA und die Europäische Union haben ihre Außen- und Sicherheitspolitik im Hinblick auf die veränderten Sicherheitsrisiken neu bestimmt. Ihre neue Sicherheitspolitik, die auch von Deutschland geteilt wird, befürwortet zunehmend militärische Interventionen. Die Umstrukturierung militärischer Einrichtungen und Bündnisse wie von Bundeswehr und NATO ist in vollem Gange.

Leider spielen in diesen Strategien menschen- und frauenrechtliche Überlegungen wie im Konzept von Human Security keine Rolle. Im Gegenteil: die Aufgaben des Militärs dehnen sich bis weit in den zivilen Bereich aus, um in Konfliktregionen Sicherheit herzustellen und ‚Frieden‘ zu schaffen. Aber: um wessen Sicherheit geht es hier? Herrscht Frieden, wenn die Zivilbevölkerung in Angst und Schrecken lebt, Hunger und Mangel leidet? Wie kann Frieden einziehen, wenn zivile Kräfte in den Hintergrund gedrängt werden und Frauen bei der Gestaltung des ‚Friedens‘ nicht mitentscheiden?

#### **4. Friedens- und Sicherheitspolitik ist geschlechterblind**

In der Außen- und Sicherheitspolitik fast aller Staaten, auch der Europäischen Union, wird die Geschlechterfrage nach wie vor ausgeblendet. Auch das Wissen darüber, dass ungleiche Geschlechterverhältnisse politische Konflikte verursachen und verschärfen können, wird ignoriert.

Stattdessen reproduzieren militärische Strategien häufig veraltete Geschlechterbilder und Vorurteile. Aber die Zuschreibung »Frauen = Frieden« versus »Männer = Kampf« ist irreführend: Frauen und Männer sind immer, wenn auch unterschiedlich, in Gewalt-Konflikt- und Kriegssituationen verstrickt. Zugleich werden gerade Frauen regelmäßig als »nationale Siegerbeute« behandelt und vergewaltigt; selbst nach Kriegsende werden sie oft von den militärischen Schutztruppen sexuell ausgebeutet. Frauen tragen auch die Hauptlast einer zerstörten Infrastruktur und deren Auswirkungen auf die Familien und sind maßgeblich für den Wiederaufbau zuständig.

#### **5. Frauen an Entscheidungen über Krieg und Frieden beteiligen**

Frauen müssen auf allen, auch auf den höchsten politischen Entscheidungsebenen, gleichberechtigt beteiligt sein, wenn es um Konzepte und Maßnahmen zur Krisenbewältigung und Friedenssicherung, um Militäreinsatz und Waffenstillstand oder um Friedensverträge geht. Seit Jahren ist dies eine zentrale Forderung von Frauen in Krisen- und Konfliktregionen, von frauenpolitischen und feministischen Netzwerken. Dabei stützen sie sich auf die Menschenrechtskonventionen und das Völkerrecht, insbesondere auf die im Jahr 2000 verabschiedete Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats. Die UN-Resolution ist ein Meilenstein zu einer geschlechtersensiblen Friedens- und Sicherheitspolitik: zum ersten Mal hat der UN-Sicherheitsrat eine völkerrechtlich bindende Vorgabe zur Beteiligung von Frauen über Krieg und Frieden und zur Berücksichtigung von Geschlechterkompetenz bei internationalen Einsätzen gemacht. Aber solange die meisten nationalen Regierungen keine konkreten Umsetzungsschritte, zum Beispiel Aktionspläne zur Umsetzung von 1325 entwickeln, bleibt die Resolution nur ein Stück Papier.

#### **6. Geschlechtergerechtigkeit als Basis für Konfliktprävention und Frieden**

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Die Ziele einer geschlechtergerechten, gewaltfreien Gesellschaft sind nicht durch das Militär, sondern in erster Linie durch zivilgesellschaftliche Formen der Konfliktregulierung, vor allem durch Prävention zu verwirklichen. Konfliktbeilegung ohne die Beteiligung der Frauen ist nicht möglich. Dabei geht es nicht darum, eine marginalisierte Bevölkerungsgruppe einzubeziehen, sondern um den Ausgleich grundlegender Machtasymmetrien, die fast jede Gesellschaft dieser Welt strukturieren. Die UNO hat mit mehreren Weltgipfeln in diese Richtung gewiesen und die zivile Konfliktprävention sowie menschen- / frauenrechtliche Normen gestärkt.

#### **7. Feministische Dilemmata**

Nicht alle Konflikte können allein mit zivilen Mitteln gelöst werden. Auch militärische Interventionen können - das sieht auch die UN-Charta vor - legitim sein, wenn Genozid, andere Formen von Massenmord oder ethnischen Säuberungen nicht anders zu verhindern sind. Bedingung hierfür ist die Legitimation durch die UN.

Daher muss auch eine feministisch-pazifistische Haltung sich die Frage nach der Beteiligung von Frauen im Militär stellen. Zwar sollte Genderkompetenz und Wissen um die Geschlechterverhältnisse in Einsatzgebieten ein Muss für jede Militärausbildung sein. Aber die aktive Beteiligung von Soldatinnen schützt einheimische Frauen am besten vor sexueller Ausbeutung und vor Frauenhandel durch Einsatztruppen.

## **8. Zivile Konfliktprävention hat ein Legitimationsproblem**

Die Verhinderung von Gewaltkonflikten - also Kriege, die nicht stattfinden - sind kaum mess- und beweisbar. Die Kosten für Konfliktprävention sind politisch schwerer legitimierbar und medial wenig interessant. Das Problem betrifft auch geschlechterpolitische und feministische Ansätze und Initiativen, die in diesem Bereich arbeiten und zum Beispiel die völkerrechtlichen Vorgaben der UN aufgreifen: sie finden im Mainstream nur wenig Beachtung.

Damit diese neuen Ansätze zur Konfliktprävention von den nationalen Regierungen ernst genommen werden und nicht nur Lippenbekenntnisse bleiben, hat das Gunda-Werner-Institut in Zusammenarbeit mit Initiativen wie dem Frauensicherheitsrat ein europaweites Projekt zur Durchsetzung der UN-Resolution 1325 entwickelt: »Roadmap to 1325«.

## **8. Praktische Umsetzung und Forderungen**

Die Geschlechter-Perspektive ist ein wichtiger Faktor für die Nachhaltigkeit politischer Strategien der Friedenssicherung und Konfliktprävention. Im Interesse einer nachhaltigen Friedenspolitik haben wir konkrete Vorschläge und Forderungen entwickelt. Dazu gehören insbesondere die Beteiligung von Frauen und der systematische Aufbau von Genderkompetenz für alle Bereiche der Konfliktprävention und -Bearbeitung sowie der Nachkriegsarbeit.

Für den Erfolg von Friedensmissionen ist gendersensibles und qualifiziertes Personal unabdingbar. Gendertraining muss in die Aus- und Fortbildung von Militär und polizeilichem Friedenspersonal integriert werden. Jede Sicherheitsstrategie ist auf ihre spezifische Wirkung nach Geschlecht und Gruppenzugehörigkeit hin zu überprüfen. Das völkerrechtliche Gewaltverbot muss auf allen Ebenen gestärkt, der Schwerpunkt der Politik auf Maßnahmen der zivilen Friedenssicherung liegen.

### **Anmerkung**

Diese Thesen sind ein stark gekürztes und überarbeitetes Konzentrat eines Positionspapier, das 2006 vom ehemaligen Feministischen Institut im Kontext der interdisziplinären Arbeitsgruppe *Gender in der Friedens-, Sicherheitspolitik und zivilen Konfliktprävention* erarbeitet wurde. Dazu gehörten: PD Dr. Christine Eifler (Universität Bremen), Prof. Dr. Cilja Harders (Ruhr-Universität Bochum), Jutta Kühl (Humboldt Universität zu Berlin), Prof. Dr. Ilse Lenz (Ruhr-Universität Bochum), Daphné Lucas (Berlin), Dr. Regine Mehl (AFB/Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn), Ute Scheub (Journalistin und Autorin, Berlin), Dr. Cornelia Ulbert (Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen), Barbara Unger (Gutachterin, Berlin) Johanna Bussemer (Ruhr-Universität Bochum), Gitti Hentschel, Ulrike Allroggen und Magdalena Freudenschuß (damals Feministisches Institut).

Stand: September 2008